Die politische Lage in Deutschland

Trauer und Solidarität mit Japan

Sicherheit unserer Kernkraftwerke erneut überprüfen

Wir alle sind bestürzt über die Naturkatastrophen, die den nordöstlichen Teil Japans verwüstet und tausende von Opfern gefordert haben. Wir trauern um die Toten, unsere Gedanken und Gebete sind bei den Verletzten, den Verwandten der Opfer und all denen, die ihr Hab und Gut verloren haben. Trotz aller Bilder und Nachrichten, die uns aus der Region erreichen, kann wohl niemand von uns ermessen, was es bedeutet, zunächst von einem außergewöhnlich starken Erdbeben und kurz danach von einem gewaltigen Tsunami getroffen zu werden. Bis zur Stunde sind die Folgen dieser Katastrophen für die japanische Bevölkerung, für Gebäude und Infrastruktur kaum abzusehen. Das wahre Ausmaß der Schäden wird wohl erst in den kommenden Wochen – wenn nicht erst in Monaten – überschaubar sein. Wir wissen um die Stärke und die Erfindungsgabe des japanischen Volkes und bewundern die Besonnenheit, mit der die Menschen diesem Schicksalsschlag entgegentreten. Wir hoffen, dass es Japan gelingen wird, die Folgen der größten Katastrophe, die dieses Land seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges getroffen hat, rasch zu überwinden. Bei der Bewältigung dieser Ausnahmesituation und beim Wiederaufbau werden wir Japan unterstützen. Gerade in dem Jahr, in dem wir gemeinsam den 150. Jahrestag der deutsch-japanischen Beziehungen begehen, müssen wir hier Zeichen setzen.

Mit großer Sorge verfolgen wir natürlich auch die kritische Lage der betroffenen japanischen Kernkraftwerke. Auch wenn in Deutschland so starke Erdbeben wie in Japan ebenso wie Tsunamis unbekannt sind, können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Der nukleare Notstand in den japanischen Kernkraftwerken als Folge der Naturkatastrophen erfordert ein Innehalten und Nachdenken über das Geschehene. Beantwortet werden muss nun auch die Frage, welche sicherheitsbezogenen Konsequenzen aus den Ereignissen in Japan für die Anlagen in Deutschland zu ziehen sind. Gerade weil es sich bei Japan auch um ein Hochtechnologieland mit enormen Sicherheitsstandards handelt, müssen wir prüfen, was wir aus dem Unglück lernen können.

Als erste Konsequenz aus der Katastrophe in Japan hat die Bundesregierung die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke für drei Monate ausgesetzt. Für diesen Zeitraum bleiben die sieben vor 1980 errichteten Kernkraftwerke abgeschaltet. Es handelt sich dabei um Biblis A und B, Neckarwestheim I, Brunsbüttel, Isar I, Unterweser und Philippsburg I. Zudem bleibt das abgeschaltete Atomkraftwerk Krümmel vom Netz getrennt. Was nach Ablauf dieser drei Monate geschieht, lässt sich jetzt naturgemäß noch nicht vorhersagen. Die Bundeskanzlerin hat aber bereits darauf hingewiesen, dass nach dieser Zeit sicherlich nicht wieder alles sein werde wie zuvor.

Wir begrüßen den Beschluss der Bundesregierung zur Aussetzung der Laufzeitverlängerung. Die so gewonnene Zeit muss genutzt werden, um die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke nochmals eingehend und umfassend zu prüfen. Wir haben bereits im Koalitionsvertrag festgelegt, dass es sich bei der Kernenergie um eine Auslauftechnologie handelt. In einem Zuge mit der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke haben wir Gesetzesänderungen beschlossen, die die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland weiter erhöhen sollen. Die Ereignisse in Japan sind vor diesem Hintergrund Anlass, die dem deutschen Sicherheitskonzept zugrundeliegenden Annahmen sowie die vorhandenen Einrichtungen und die geplanten Maßnahmen im Einzelnen zu überprüfen, ggf. zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Im Zusammenhang mit einer entsprechenden Regierungserklärung der Bundeskanzlerin haben wir daher im Deutschen Bundestag einen Entschließungsantrag zur Abstimmung gestellt. Darin fordern wir, Japan weiterhin jede erdenkliche Hilfe bei den Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten zukommen zu lassen. Außerdem wollen wir, dass auf internationaler Ebene zügig eine detaillierte Analyse der Vorgänge in den japanischen Kernkraftwerken vorgenommen wird. Auch die Überprüfung der Sicherheitsbestimmungen für die deutschen Kernkraftwerke gehört zu unseren Forderungen. Sollte sich daraus Änderungsbedarf ergeben, so verlangen wir, eine rasche Umsetzung der notwendigen Verbesserungen von den Betreibern einzufordern und wirksam durchzusetzen. Weiterhin setzen wir uns für die Steigerung der Energieeffizienz, die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien ein. Hierfür ist aber vor allem der notwendige Netzausbau sowie die Entwicklung und der Ausbau von Speicherkapazitäten Grundvoraussetzung. Ganz wichtig ist natürlich, dass unverzüglich internationale Gespräche zur Sicherheit aller Kernkraftwerke auf der Ebene der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und auf EU-Ebene geführt werden. Denn wir können nicht so blauäugig sein, zu glauben, dass wir Sicherheit alleine in Deutschland gewährleisten können. In vielen Nachbarländern und überall in Europa setzt man weiter auf die Kernenergie, baut weiterhin neue Kernkraftwerke!

Uns ist klar, dass man nicht von heute auf morgen aus der Kernenergie aussteigen kann, bevor die Alternativen verfügbar sind. Daher ist Kernkraft für uns weiterhin eine Brücke in die Zeit, in der wir Strom komplett aus erneuerbaren Energiequellen gewinnen können. Den Ausbau dieser natürlichen Energieformen werden wir aber nun noch massiver vorantreiben, um unser Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. Nachzulesen ist all das bereits in unserem Energiekonzept, das richtig bleibt, weil darin erstmals ein verlässlicher Weg zur Sicherstellung des Energiebedarfs in der Zukunft beschrieben wird. In acht Jahren rot-grüner Verantwortung wurde nichts getan, um für die größtmögliche Sicherheit der Anlagen zu sogen. Jetzt missbrauchen SPD und Grüne die die tragischen Unglücke in Japan zu Wahlkampfzwecken. Das ist ebenso verantwortungslos wie abstoßend. Die Menschen werden aber erkennen, wem es tatsächlich um eine sichere, verlässliche und bezahlbare Energieversorgung der Zukunft geht.

Die Woche im Parlament

In dieser Woche hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen einer **Regierungserklärung** zur **Aktuellen Lage in Japan** gesprochen. Bundesaußenminister Guido Westerwelle hat in dieser Woche eine **Regierungserklärung zum Umbruch in der arabischen Welt** abgegeben.

Außerdem haben wir in dieser Woche unseren Antrag **Einvernehmensherstellung von Bundestag und Bundesregierung zur Ergänzung von Artikel 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hinsichtlich der Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** beschlossen.

In 2./3. Lesung haben wir das **Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung (Schwarzgeldbekämpfungsgesetz)** verabschiedet.

Unser Antrag **Anwohnerfreundlicher Ausbau der Rheintalbahn** enthält die Aufforderung an die Bundesregierung, die Planung hinsichtlich der Trassenführung und des Lärmschutzes im Sinne der Menschen spürbar zu verbessern. Wir fordern daher, die Prognosen für 2025 zur Grundlage zu machen, in einem Modellprojekt weitere technische Innovationen für den Lärmschutz an der Rheintalbahn zu prüfen, die Umsetzung der Ergebnisse des Projektbeirates zu unterstützen, aufkommensneutrale lärmabhängige Trassenpreise verbindlich zu machen, den Schienenbonus schrittweise abzuschaffen und die gesetzlichen Voraussetzungen für neue Planungen ab 2012 vorzulegen.

Mit dem in 1. Lesung beratenen **Siebten Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes** wird eine Ermächtigungsgrundlage für eine spezielle Fahrberechtigung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, des Rettungsdienstes, des Technischen Hilfswerkes und des Katastrophenschutzes zum Führen von Einsatzfahrzeugen bis zu einer zulässigen Gesamtmasse von 4,75t bzw. 7,5t auf Grundlage einer spezifischen Ausbildung und Prüfung geschaffen.

In 1. Lesung stand das **Zweite Gesetz zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches sowie anderer Vorschriften** zur Beratung an. Als Reaktion auf den jüngsten Fall von Dioxin in Futtermitteln sollen private Laboratorien verpflichtet werden, bedenkliche Mengen an nicht erwünschten Stoffen an die Behörden zu melden. Ebenso wird eine Meldepflicht für Lebensmittel- und Futtermittelunternehmer eingeführt, die deren Eigenkontrollergebnisse zu Dioxinen, Furanen und weiteren Stoffen betrifft.

In 1. Lesung beraten wir das **Gesetz zur Neuregelung mautrechtlicher Vorschriften für Bundesfernstraßen**, mit dem die Erhebung der Lkw-Maut auf Bundesstraßen mit vier oder mehr Fahrstreifen ausgedehnt wird, die unmittelbar an eine Autobahn angebunden sind oder in der Anlage des Gesetzes genannt werden.

Mit unserem Antrag **Für eine umfassende Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – Nationaler Aktionsplan als Leitlinie** unterstützen wir die Bundesregierung bei der Entwicklung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit dem 26. März 2009 für Deutschland völkerrechtlich verbindlich ist und von Bund und Ländern schrittweise umgesetzt wird. Der Antrag betont, dass es sich bei der Politik für Menschen mit Behinderungen um eine Querschnittsaufgabe handelt. Er konzentriert sich auf die Bereiche Teilhabeleistungen, Gesundheit, Bildung, Arbeit und Barrierefreiheit.

In 2./3. Lesung stand das **Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften** zur Verabschiedung an. Neben verbesserten Regelungen zur Bekämpfung der Zwangsheirat durch Schaffung eines eigenen Straftatbestandes wird minderjährigen ausländischen Opfern von Zwangsheirat das Wiederkehrrecht erleichtert. Der Bekämpfung von Scheinehen dient die Verlängerung der Mindestbestandszeit einer Ehe, die für den Fall des Scheiterns der Ehe ein eigenständiges Aufenthaltsrecht begründet. Die Regelungen zur räumlichen Beschränkung von Asylbewerbern und Geduldeten werden gelockert, um ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung, Ausbildung oder einen Schul- und Hochschulbesuch zu erleichtern. Weitere Fortschritte erreichen wir durch einen eigenständigen Aufenthaltstitel für gut integrierte geduldete Jugendliche. Die Überprüfung der Teilnahme an Integrationskursen wollen wir durch Datenübermittlungsregelungen optimieren. Zukünftig soll die Aufenthaltserlaubnis zudem nur für jeweils ein Jahr verlängert werden, solange der Integrationskurs nicht erfolgreich abgeschlossen oder der Nachweis der Integration anderweitig nicht erfolgt ist. Dadurch verdeutlichen wir, dass ein Zusammenhang zwischen Integrationsfähigkeit und Aufenthaltsstatus besteht.

Daten und Fakten

Aufschwung setzt sich auch 2011 kraftvoll fort: Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle erwartet für das Jahr 2011 einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um real 3 Prozent. Auch die Beschäftigung wird voraussichtlich weiter steigen. So wird nach Ansicht der Hallenser Wirtschaftsforscher die Zahl der Erwerbstätigen um etwa eine halbe Million zunehmen und die Arbeitslosenquote auf 6,6 Prozent sinken. Für das Folgejahr 2012 geht das Institut von einer Verlangsamung des Aufschwungs aus und prognostiziert eine Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes um 1,9 Prozent, die jedoch mit einem weiteren deutlichen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,8 Prozent verbunden sein dürfte.

(*Quelle: Institut f. Wirtschaftsforschung Halle / Kiel Economics*)

Weiterhin positiver Trend auf dem Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenzahl ist im Februar gegenüber dem Vormonat um -33.000 auf 3.317.000 zurückgegangen. Saisonbereinigt ergibt sich damit ein Minus von 52.000. Im Vergleich zum Vorjahr waren somit 326.000 Arbeitslose weniger registriert. Auch die Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben sich günstig entwickelt und liegen über dem Vorjahresniveau. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Erwerbstätigenzahl im Januar um 23.000 gestiegen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat im Dezember um 52.000 zugenommen. Zudem stieg auch die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter an. Im Februar nahmen die gemeldeten Arbeitsstellen saisonbereinigt um 15.000 zu; nichtsaisonbereinigt belief sich der Bestand auf 417.000 Stellen, was gegenüber 2010 ein Anstieg von 120.000 ist. Der Stellenindex der Bundesagentur (BA-X), der die saisonbereinigte Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage am ersten Arbeitsmarkt abbildet, nahm im Februar um sechs auf 166 Punkte zu und stieg so gegenüber dem Vorjahr um 46 Punkte. Damit überschreitet der aktuelle Stellenindex inzwischen den Höchstwert des letzten Konjunkturzyklus.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistisches Bundesamt)

Landesgruppe Niedersachsen
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:
Michael Grosse-Brömer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de